

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Seiten für ein Jahr monatlich 1200 Mark. Bestellungen nehmen die Auslieferung und die Anzeiger-Verwaltung entgegen. - Druckort: Auer, Erzgebirge. - Anzeiger-Verwaltung: Auer, Erzgebirge. - Telegramm: Auer, Erzgebirge.

Bezugspreis für den Ausland: Durch unsere Seiten für ein Jahr monatlich 1200 Mark. Bestellungen nehmen die Auslieferung und die Anzeiger-Verwaltung entgegen. - Druckort: Auer, Erzgebirge. - Anzeiger-Verwaltung: Auer, Erzgebirge. - Telegramm: Auer, Erzgebirge.

Nr. 48

Montag, den 26. Februar 1923

18. Jahrgang

Politische Wochenschau.

Von Oberbürgermeister Dr. Kälig, M. d. R.

Der Abschluß der Verhandlungen im britischen Unterhaus über das französische Vorgehen im Ruhrgebiet hat in voller Klarheit das Bild ergeben, das wir schon bei Beginn der Aussprache als deren selbstverständliches Ergebnis gesehnt haben: Beurteilung der Aktion auf der ganzen Linie, aber noch keine Neigung bei der Mehrheit zu vermittelndem Eingreifen. Einige neue Striche sind zur Vervollständigung des Bildes hinzugekommen. So vor allem die Bescheinigung des bölligen Bankrotts des Völkerbundes gegenüber wirklich ernsthaften Lebensfragen der Nationen. So wenig hoffnungsvoll für den Augenblick der Ausgang der britischen Parlamentsverhandlungen auch ist, so ergeben sich doch ganz klare und bestimmte Richtungsmerkmale aus ihnen für die deutsche Politik.

Mit zweifelsfreier Deutlichkeit hat der englische Premierminister erklärt, daß für die weitere Belassung der britischen Truppen am Rhein ein logischer Grund nicht mehr vorhanden sei, daß aber gleichwohl die Truppen dort gelassen werden würden, weil bei ihrer Zurückziehung die Aufrechterhaltung der Entente sich noch schwieriger gestalten würde, als es jetzt schon der Fall sei. Was steht in diesen Sätzen zwischen den Zeilen geschrieben! Nimmt man hierzu nun noch den Satz des englischen Ministerpräsidenten, daß eine Vermittlung zwar nicht jetzt, aber „bei einer günstigeren Gelegenheit“ in Betracht käme, so ergibt sich für uns die logische Folge, daß für die günstigere Gelegenheit in absehbarer Zeit eintritt.

Was kann Deutschland nach dieser Richtung hin tun? Es kann und muß in erster Linie dafür sorgen, daß dieselbe Krise, die in England über die Ruhraktion die Oberhand gewonnen hat, sich in der öffentlichen Meinung der Welt und in den wirtschaftlichen und politischen Kreisen Frankreichs durchsetzt. Diese Kritik ist in dem einen Worte Bonar Law's zusammengefaßt: Wir sind mit der Lage sehr unzufrieden. Dieses Urteil wird auch nicht durch den nachfolgenden Satz eingeschränkt: Die Lage würde noch ungünstiger werden, wenn zu den vorhandenen Gefahren die Gewißheit käme, daß Frankreich und England einseitig sind. Daß für zu sorgen, daß man auch in Frankreich immer mehr mit der Lage unzufrieden wird, muß unser vornehmstes Ziel sein; der Weg zu diesem Ziele ist der täglich sich verstärkende passive Widerstand, der den Franzosen die Ausschließlichkeit ihrer Unternehmungen vor Augen führt und der den Engländern bei ihren eigenen politischen Berechnungen als sicherer Faktor gelten wird. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß nach der chaotischen Hochstimmung der ersten Tage in den offiziellen französischen Kreisen eine starke Ernüchterung an Boden gewinnt. Die Verhandlungen im Kammerauschuß zeigen diese Entwicklung mit aller Deutlichkeit, so sehr die französische Presse sich bemüht, sie zu verschleiern.

Auch jetzt noch ist Frankreich nicht am Ende seines Programmes der Gewalt angelangt. Mit einer kaum zu überbietenden Raffinerie hüpft es Schandiat auf Schandiat und quält die unglückliche Bevölkerung des besetzten Gebietes bis aufs Blut. Und doch, wenn man die Dinge im Rahmen der gesamtgeschichtlichen Entwicklung der Beziehungen Deutschlands zu Frankreich betrachtet, muß man sagen, daß auch in vergangenen Zeiten fast das gleiche Vorgehen Frankreichs schon zu verzeichnen gewesen ist. Die Politik Poincarés legt, geschichtlich geradlinig die Politik Ludwigs XIV. fort und bedient sich dabei fast derselben Mittel und Organe. Schon die rhetorische Frankennährung hat ihre Vorgängerin im fektalen Ludwig's des mit seinen Bestechungsgeldern, die er gegen Subsidien nannte, die deutschen Fürsten am Rhein sich gefügig machte. Und damals schon war das Ziel die Herstellung des deutschen Reiches und die Errichtung eines autonomen, in Wirklichkeit eines französischen Vasallenstaates am Rhein. So willkürliche Empfänger im Gegensatz zu heute damals das französische Bestechungsgeld fand, so wenig gelangte doch damals der „Sonnentönig“ an sein letztes Ziel. Internationale Verwicklungen anderer Art lähmten seine Stohkraft nach Osten. Aber seine Politik fand in der Folgezeit erfolgreiche Fortsetzung. 1795 unterstellte der General Douch das Land westlich des Rheines einem besonderen Direktorium, daß in seiner Tätigkeit auf Haar der heutigen interalliierten Kommission gleicht. Auch die separatistischen Bestrebungen fanden, wie heute in Dr. Dornen, damals in dem Schriftsteller Görres ihren verräterischen, als Vertrauensmann des Direktoriums arbeitenden, Vertreter. Und am 4. Dezember 1797 wurde feierlich die Besitzergreifung des linken Rheinuferes durch das Direktorium proklamiert. Eine Wahnahme, die sich Napoleon 1801 im Frieden von Luneville sanktionieren ließ. 1818 und 1870 hatten diese

Entwicklung gründlich rückwärts revidiert, das Jahr 1918 hat die Bahn wieder frei gemacht zur Fortsetzung der Politik Ludwigs XIV.

Mit der Fortsetzung dieser Politik tut sich gleichzeitig aber auch wieder der alte Gegensatz zwischen Frankreich und England auf, welches den Franzosen dann mit zäher Energie entgegentrat, wenn sie sich dauernd am Rheine niederlassen wollten, und das selbst ein Waterloo nicht scheute, um zum Ziele zu gelangen. Unter dieser geschichtlichen Perspektive betrachtet, gewinnt der jetzt wieder auftretende britisch-französische Gegensatz umso mehr Bedeutung, als gegenwärtig viel stärker als früher wirtschaftliche Lebensfragen auf britischer Seite mit be-rührt werden. Wir stehen hier am Anfang einer un-übersehbaren Entwicklung, in die aktiv einzugreifen und versagt ist, die wesentlich zu beeinflussen aber das Ge-wei der Stunde bedeutet. Nichts darf auf deutscher Seite geschehen, was die allseitige Unzufriedenheit über die Lage in das gegenseitige Urteil umschlagen lassen darf. Je stärker die Unzufriedenheit mit der Lage auf britischer und französischer Seite wird, umso schneller wird die von Bonar Law ins Auge gefaßte günstigere Gelegenheit zu Verhandlungen sich ergeben.

Es ist selbstverständlich, daß die deutsche Regierung für solche Verhandlungen sich schon jetzt rüsten muß. Der Pariser bei diesen Verhandlungen kann Frankreich niemals allein sein; nach dem Versailler Diktat haben wir es immer nur mit der Gesamtheit der beteiligten Vertragschließenden zu tun. An dieser Auffassung gilt es unbedingt festzuhalten, um von vornherein die für kommende Verhandlungen möglichst günstige Position zu sichern. Zur Sicherung des ungestörten Verlaufes späterer Verhandlungen ist es auch unbedingt nötig, daß sich die Presse aller Richtungen und das Reichsparlament eine gewisse Zurückhaltung auferlegen. Man kann nach den früher bei ähnlichen Anlässen gemachten Erfahrungen nicht ohne ernste Besorgnis den kommenden Reichstagsverhandlungen über den Haushaltsplan des Auswärtigen Amtes entgegensehen. Soviel Heftigkeit und wie dort von parlamentarischer Eitelkeit und parlamentarischem Draufgängerum eingeschlagen werden können, gibt es gar nicht. Wir haben leider auch heute noch zuviel Abgeordnete, die bei ihren Parlamentreden nicht berücksichtigen, daß in den Ländern unserer Gegner unsere Parlamentverhandlungen mit größter Aufmerksamkeit verfolgt werden; nicht etwa, weil man teilnimmt an unserem Schicksal, sondern weil man in diesen Verhandlungen gierig nach Beweismitteln und Stützpunkten für die eigene, Deutschland feindliche Politik sucht. Selbst bis in die Parlamente der Einzelstaaten erstreckt sich das Interesse der ausländischen Presse, und die zur Zeit in Sachsen herrschenden komödiantischen politischen Zustände sind beispielsweise in der britischen Presse mehrfach in den Bereich einer höhnischen und spottenden Kritik gezogen worden. Wie die Dinge jetzt liegen, scheinen wir in Sachsen das Schauspiel einer von Vertrauen des Parlamentes in sich gelassenen Ge-schäfts- und Notregierung noch einige Wochen gesehen zu dürfen. Moralische Eroberungen für den Gedanken des deutschen Parlamentarismus, der deutschen Republik und der Demokratie kann man mit solchen Methoden wahrhaftig weder im Inlande noch im Auslande machen

Selbsteinschätzung auf dem Sterbebette.

England fühlt das Bedürfnis, seine höchst zweifel-hafte Rolle in der Ruhrfrage dem Ausland verständlich zu machen. Bonar Law hat bei seiner überbordendsten Politik in der großen deutsch-französischen Auseinander-setzung zur Zeit noch die Mehrheit des Parlaments und wohl auch des britischen Volkes hinter sich. Er führt als Gründe für seine Politik Englands unbedingte Bündnistreue an. Beim Auslande jedoch — und besonders Deutschland gegenüber — muß Bonar Law schon etwas plausiblere Gründe vorbringen. In der britischen Presse war zu lesen, England habe sich bisher zur Inter-vention in der Ruhrfrage nur deshalb nicht entschließen können, weil es nicht wisse, in welchem Umfange Deutsch-land seine Reparationsverpflichtung zu erfüllen gedenke. Bekanntlich hat Lloyd George, der den französischen Verbündeten ungleich kritischer gegenüberstand als Bonar Law, seinerzeit der Pariser Regierung versprochen, der Sanktions- und Pfänderepolitik zuzustimmen, wenn Deutschland abermals bei der Erfüllung der Repara-tionsverpflichtungen — und zwar der nunmehr zu rebl-derenden und endgültig festzustehenden — in Rückstand gerate. England richtet an Deutschland die Aufforde-rung, aber die in den nächsten Monaten zu zahlenden Reparationssummen feste Ziffern zu nennen. Man würde auch über diese Zumutung ohne Debatte zur Ta-gesordnung übergehen, wenn es in Deutschland nicht immer noch Leute gäbe, welche durch ein weiteres Entge-

gentommen gegenüber den englischen Wünschen eine grundsätzliche und endgültige Besserung der Lage er-hoffen. Diesen unverbesserlichen Ideologen muß gesagt werden, daß das englische Ansinnen an Deutschland nichts Anderes ist als die Aufforderung zur Selbsteinschätzung auf dem Sterbebette.

Es bedarf keines Beweises, daß wir inmitten einer wieserkehrenden Aktion größten Umfangs überhaupt kein Angebot machen können. Wir wissen ja nicht ein-mal, was die Franzosen und Belgier an Ruhr und Rhein noch alles beschlagnahmen und stilllegen werden. Ein positives Anerbieten über Zahlungen und Leistungen kann deutscherseits erst dann erfolgen, wenn das Ruhr-gebiet geräumt und der dort angerichtete Schaden genau ermittelt und den Vertrags- und Friedensbrechern vom 11. Januar in Rechnung gestellt ist. Die Besserung des Marktkurses in den letzten Wochen ist im wesentlichen auf finanztechnische Einflüsse und auf den Eindruck zu-rückzuführen, welche das seltene Auftreten der Reichs-regierung im Auslande gemacht hat. Wirtschaftlich und finanziell haben sich die Bedingungen für uns in den letzten Wochen natürlich erheblich verschlechtert. Der so-genannte „innere Wert der deutschen Mark“ ist weiter stark gesunken. Es ist unter den heutigen Umständen überhaupt nicht abzusehen, wann wir eine planmäßige Aktion zur Besserung unserer Handels- und Zahlungs-bilanz und zur Festigung des Marktkurses unternehmen können. Wir müssen alles, was uns an materielle und seelische Kräfte zu Gebote steht, aufwenden, um den Ruhrkampf siegreich zu bestehen. Die Reparationsfrage ist mindestens für Monate suspendiert. Es wird ganz von der Art abhängen, in welcher der große Konflikt be-gleitet wird, wie wir unsere Reparationsfähigkeit ein-schätzen. Die jetzt an Deutschland ergehende englische Aufforderung zur Selbsteinschätzung scheint übrigens nicht frei von Hintergedanken zu sein. Nehmen wir an, daß eine Summe, und bleiben wir dann — was leider mehr als wahrscheinlich ist — aus irgend welchem Grund auch nur um ein wenig hinter dem Maß der übernom-menen Verpflichtungen zurück. So erhält England den Vorwand, den Franzosen und Belgier in Mitteleuropa vollkommen freie Hand zu lassen. Genau so, wie wir uns hüten müssen, die französisch-belgischen Gewalttaten mit gleicher Münze heimzuzahlen, genau müssen wir es vermeiden, irgendwelche neue Bedingungen zu überneh-men. Die Laikraft, welche das Kabinett Cuno gesetzt hat gibt eine Gewähr dafür, daß wir später nach Be-ndigung des Ruhrunrechts offen erklären werden, wieviel wir zahlen und leisten zu können glauben, ohne uns dabei selbst zu ruinieren.

Die Goldanleihe beschlossen.

Amlich wird mitgeteilt: „In der Kabinettsitzung vom Freitag wurde der Entwurf eines Gesetzes über die Beschaf-fung von Mitteln zur Bildung eines Devisenfonds angenom-men. Es soll eine Schatzanweisungsanleihe in Höhe von 50 Millionen Dollar zur Ausgabe gelangen, damit das Reich einen jederzeit greifbaren Vorrat an Devisen gewinnt, dessen es zur Stützung der Währung bedarf. Auf diese Weise sollen die in der Privatwirtschaft vorhandenen Devisen, soweit sie nicht für Verpflichtungen gebraucht, dem allgemeinen Inter-esse dienlich gemacht werden.

Der Inhaber von Devisen erhält damit die Möglichkeit, die Devisen in ein gleichwertiges Papier umzutauschen, das vor den Devisen den Vorteil hat, das es beliebar ist.

Die Einzahlung soll in ausländischen Devisen oder aus-ländischen Noten erfolgen. Die Einzahlung in amerikanischen Dollars ist nicht zur Bedingung gemacht; es werden unter entsprechender Umrechnung auch andere hochwertige Wäluen geleistet werden können.“

Deutschland vorläufig mit Kohlen versorgt.

Der Reichskohlenkommissar hat auf Anfrage festge-setzt, daß die Kohlenversorgung, natürlich mit Hilfe starker Einschränkungen, von der Gefahr eines Erlah-mens nicht bedroht ist. Die Aufrechterhaltung der Koh-lenversorgung ist aber nur unter großen und unter nor-malen Verhältnissen nicht tragbaren Opfern möglich. Nicht nur werden Kohlenzufuhren aus den verhältniß-losen Gebieten des Auslandes herbeigeführt — so malien „Times“ die Abfuhr von 4000 Tonnen aus Süd-afrika — sondern auch im unbesetzten Gebiet wird in allen kohlenfördernden Bezirken die Produktion in we-tergehendem Maße erhöht durch natürlich kostspielige Ueberarbeit. Dazu kommt, daß in den Besetzten schon vor der drohenden Besetzung sehr gespart worden ist. Es sind vom Beginn des Einbruchs bis zum 6. Februar, also fast vier Wochen lang, die sämtlichen unserer Kohle-wirtschaft vordem unter großen Opfern entzogenen Koh-lenmengen der Reparationsleistungen ins unbesetzte Ge-

Ittenen elnge
l. Sa.
abrit
ur.
Bleherel,
Kalku-
gen ge-
in der
ulagen.
felge-
berg
nten
mann
en sich
le bis.
er
r,
praxis,
Schloffer
gesucht.
be der
t. 620"
richtigen.
nehmen
us zum
e r
t. 618
hine,
u verkaufen
he 14, 1 L
slocher,
smachen
ten.
uer Tagebl.
haar
oo M
onung
ben
r Stadt.
ati erbeten.
roh,
eu
erifau
r 490.
waren
— 8 mm
n gesucht.
Beschäfts-